



Gegen Mittelmäßigkeit im Wettbewerb zu Ehren Lenins

Zur Weiterführung des Kampfes um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ in der Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften

Im Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der DDR kamen Kollektive der Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften mit dem Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ angetreten. Für die Kollektivmitglieder war das eine verdienende Anerkennung der insgesamt in der Sektion geleisteten Arbeit und der Persönlichkeitsentwicklung im Kollektiv. Auf diese guten Grundlagen soll es aufbauen und neue Ziele abstecken, die eine neue Qualität beim sozialistischen Arbeiten, Lernen und Leben gewährleisten.

Für die Genossen der Parteigruppe Mitarbeiter der SPO I gilt es, die neuen Zielstellungen zu Ehren des 100. Geburtstages W. I. Lenins und des 20. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus konsequent zu verwirklichen. Diese Festlegung war das Ergebnis einer Parteigruppenversammlung, in der die bisherige Entwicklung einseitig analysiert und die nächsten Aufgaben der Genossen sowohl bei der Weiterführung des Wettbewerbes als auch im Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ abgesteckt wurden. Es zeigte sich eindeutig, daß es in der bisherigen Entwicklung der Kollektive dort gewisse Tempoverluste gab, wo die politisch-ideologische Arbeit nicht genügend im Vordergrund stand. Demgegenüber sind bedeutende Erfolge dort erkennbar geworden, wo in politisch-ideologischen Auseinandersetzungen um die notwendige Klarheit für die Lösung der jeweiligen Aufgaben gearbeitet wurde. So ist beispielsweise die Einführung moderner Lehrmethoden deshalb noch unzureichend, weil fast ausschließlich technisch-organisatorische Aspekte bzw. technische-organisatorische Mängel in der Hochschule in den Vordergrund gerückt wurden. Bei der Neupflichtung der Ausbildung dagegen und bei der Konzentration der Forschungsaufgaben konnten auf Grund ideologischer Klarheit bei den Mitarbeitern alle Kräfte mobilisiert werden.

Es zeigte sich außerdem, daß die erzielte guten Gesamtergebnisse nicht nicht genug aus den Bemühungen aller Kollektivmitglieder resultieren; die Kollektivität der Arbeit ist noch entwicklungsbedürftig. Es verfolgt also nicht so sehr um die Qualität, sondern vielmehr um die Qualität der Arbeit bei der Fortführung der Bemühungen um die Bildung sozialistischer Kollektive.

Die gewonnenen Erfahrungen waren bestimmend für die weiteren Aufgaben der Mitglieder der Parteigruppe beim Konzipieren und Realisieren der neuen Kampfergebnisse; nach eingehender Diskussion wurden die wesentlichen Grundaideen der bevorstehenden Arbeit als Beschluß der Gruppenversammlung festgehalten.

Eine der wichtigsten Phasen ist das Ausarbeiten der Kampfergebnisse. Von den Genossen muß deshalb besonderer Wert darauf gelegt werden, die Kampfergebnisse unter schöpferischer Mitwirkung aller Kollektivmitglieder zu erarbeiten. Im planmäßigen kollektiven Zusammenwirken von Genossen, parteilosen Mitarbeitern und staatlichen Lehrern muß gewährleistet werden, daß auf der Grundlage des „Gemeinsamen Arbeitsprogramms“ der Sektion hohe Zielstellungen angestrebt und Tausenden der Mittelmäßigkeit und Selbstzufriedenheit vermieiden werden.

Alle Genossen der Parteigruppe erkennen, daß sie noch stärker unter Einsatz ihrer gesamten Persönlichkeit bei der Konzipierung, Gestaltung und Erfüllung der Kampfergebnisse führend in Erscheinung treten und auf diesem Wege die entscheidenden Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in den sozialistischen Betrieben der Sektion schaffen müssen. Dabei steht die politisch-ideologische Erziehung und Selbsterziehung ganz eindeutig im Vordergrund.

Mit dieser Gruppenversammlung und den im Beschluß festgelegten Maßnahmen gab die Parteigruppe das Startsignal für die Weiterführung des Kampfes um den Ehrentitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ in der Sektion. Gleichzeitig war die offene Diskussion ein Beispiel dafür, wie durch konkrete Themenstellung und kritische Auseinandersetzungen über Mängel in der Arbeit eine Parteiversammlung politisch richtungweisend, die Arbeit jedes einzelnen Genossen konkret befruchtend und dabei zugleich interessant gestaltet werden kann. Es ist Aufgabe aller Genossen der Parteigruppe, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen, um auch in der Parteiarbeit höchste Effektivität zu gewährleisten.

Dipl.-Ing. Bormann,
Parteigruppenorganisator

Aufruf

Wir, junge Menschen aus 22 Ländern von vier Kontinenten, die die Ehre haben, im ersten sozialistischen Land der deutschen Geschichte, der Deutschen Demokratischen Republik, zu studieren, wo die Ideen Vladimir Iliitsch Lenins im Leben umgesetzt werden, sind heute, am 13. Dezember 1969, in Berlin zu einer Beratung über die Vorbereitung auf den 100. Geburtstag W. I. Lenins zusammengekommen.

Diese Beratung hatte die Erschließung der Möglichkeiten zur weiteren selbständigen Leistungsbereitstellung der sozialistischen Studierenden zu Ehren W. I. Lenins zum Gegenstand. Dafür wollen wir im Gebete Lenins leben, arbeiten und studieren.

Darin soll die Lösung folgender Aufgaben beitragen, die wir uns zu Ehren dieses großen Jubiläums stellen:

1. Entschieden dem Vermächtnis W. I. Lenins: „Lernen, lernen und noch mehr lernen“, rufen wir alle Studierenden auf, zu Ehren des Jubiläums höchstmögliche Leistungen im Studium zu erzielen.
 2. Zum Sonnabend, dem 11. April 1970, wenn in der ganzen Sowjetunion, im Lande Lenins, der Allunionsstudenten - stellvertretend wird, rufen wir die DDR-Studierenden sowie alle ausländischen Studierenden zu einem freiwilligen Arbeitseinsatz auf. Die erarbeiteten Mittel sollen vorwiegend zugunsten des heldenhaften Kampfes der USA-Imperialisten gegen das Volk Vietnam sowie der Patrioten der anderen Länder, die für ihre nationale Freiheit kämpfen, gespendet werden. Dies steht im vollen Einklang mit dem Hauptanliegen Lenins, dem proletarischen Internationalismus.
 3. Durchführung wissenschaftlicher Symposien. Dabei sollen die während des wissenschaftlich - produktiven Studiums entstandenen Studienarbeiten als Diskussionsbeiträge gelten. Der Teilnahme der ausländischen Studierenden ist dabei besondere Bedeutung beizumessen. Arbeiten zu Problemen des Einflusses und der praktischen Anwendung der Lehren W. I. Lenins in einzelnen Ländern, besonders in jungen Nationalstaaten, sollten dabei im Mittelpunkt stehen.
 4. Organisation von Seminaren und Vorlesungen über die Lehren W. I. Lenins, wobei ausländische Studierende aktiv mitwirken.
 5. Vorbereitung von Anschauungsmaterialien für Foto- und Bilderausstellungen.
 6. Veranstaltungen von Exkursionen zu Lenindenkmälern in der DDR.
 7. Im Sinne des Vermächtnisses von W. I. Lenin, daß der Mensch sich zu einer harmonischen Persönlichkeit entwickeln soll, streben wir solche Formen des Wettbewerbes an, die unser Können auch auf kulturellem und sportlichem Gebiet zum Ausdruck bringen. Das sind Leistungsschauen der Lehnkünstler, Programme der Unterhaltungskunst und sportliche Wettkämpfe. Dabei sollen alle ausländischen Studierenden aktiv mitwirken.
- Bei der Verwirklichung dieser Vorläufige wollen wir uns auf eine enge Zusammenarbeit mit der FDJ stützen.
- Diese Aufgaben sollen durch die Internationalen Studentenkongresse der jeweiligen Ausbildungsstätte verwirklicht und mit Leben erfüllt werden.
- Dafür bedarf es einer Konferenz der Vertreter der internationalen Studentenkomitees der verschiedenen Einrichtungen.
- Diese Aktivitäten sollen im Laufe der Lentawoche ihren Höhepunkt erreichen.
- Der Termin dieser Woche sowie die Einzelheiten werden auf der Konferenz der ISK-Vertreter festgelegt.
- Vorwärts zu Spitzenleistungen im Gebiete und zu Ehren des großen Revolutionärs, Internationalisten und Denkens W. I. Lenin!
- Es lebe der proletarische Internationalismus!

Dr. G. Thumann,
Sektion Marxismus-Leninismus

Kommentar zum 12. Plenum des ZK der SED zur Frage Mitbestimmung - Selbstbestimmung

Mitbestimmung - eine „alte Jacke“?

War in den Bundestagswahlen die demokratische Mitbestimmung nur eine „alte Jacke“, sondern wird den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern schon über hundert Jahre vorzuzugewiesen. Die Mitbestimmung ist daher eine Schlüsselfrage im sozialistischen Kampf, eine Form des Klassenkampfes. Dabei geht es nicht nur um die sogenannte Mitbestimmung in der Wirtschaft, sondern in der Form eines „erweiterten Betriebsverfassungsgesetzes“ u. a.

Natürlich wäre es schon ein weiter Schritt nach vorn, wenn westliche soziale Forderungen überall und auch als tatsächliche Praxis verwirklicht würden. In diesem Sinne sind Walter Ulbrichts Forderungen auf dem 12. Plenum des ZK der SED zu verstehen: sie stellen zwei Welten, zwei grundlegenden Qualitäten von Gesellschaftsordnungen gegenüber:

„Während jedenfalls das westdeutsche Volk auf der Straße der Selbstbestimmung noch nicht einmal die Station einer bescheidenen Mitbestimmung erreicht hat, hat das Volk der DDR seine Selbstbestimmung verwirklicht und sich zum Herrn seiner Geschichte erhoben“ (W. Ulbricht „Grundgedanken“ auf dem 12. Plenum des ZK der SED vom 14. Dezember 1969, Seite 9).

Das heißt - bezogen auf die Mitbestimmung - daß wir darüber auch und vor allem die Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft verstehen. Mitbestimmung ist also keine Selbstverständlichkeit, sie wäre sonst schon längst Realität. Und eben deshalb enthalten sich an der Mitbestimmung die Klasseninteressen im staatsmonopolistischen System. Mitbestimmung hieße u. a. Mitbestimmung zum zunehmenden Nutzen für die Schlichter des gesellschaftlichen Reichturns.

Es heißt also kein Drumherumreden: Mitbestimmung ist heute Klassenkampf und eine demokratische Alternative zur Lage der Werktätigen in Westdeutschland.

Gemeine Walter Ulbricht hat in seinem Grundsatzerferat auf dem 12. Plenum des ZK der SED die Vielsichtigkeit dieser Problematik in unserer marxistisch-leninistischen Standpunkt dazu erläutert (W. Ulbricht a. a. O.). Das ist Grundlage und Ausgangspunkt für die richtige Einschätzung der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland. Die folgenden Faktoren unterstreichen die objektive Notwendigkeit der Mitbestimmung:

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution findet eine noch nie dagewesene Machtkonzentration statt, die das westdeutsche Volk und andere Völker in einen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Studel und Konflikt hineindrücken könnten, würde dem

Imperialismus nicht in jedem Lande Widerstand und Einhalt geboten.

Die Konzentrierung der Macht von Staat und Finanzoligarchie bzw. der mächtigen Monopole bedeutet nicht nur eine enge „Zusammenneigung der Macht“, sondern eine neue Machtkonzentration, die über alle Möglichkeiten verfügt, die Massen im Zaume zu halten. Das erfordert im Interesse aller Werktätigen Gegenwehr und Kampf.

Die Herausbildung des staatsmonopolistischen Merkmalen des Zusammenwirkens von Staat und Monopolen führt immer mehr ökonomisch und politisch zu einer Politik des Staates zugunsten der Monopole und zur wachsenden Überwindung und Fusionierung mit amerikanischem Monopolkapital.

Das erfordert immer zwingender die Mitbestimmung in Staat und Gesellschaft durch die Masse der westdeutschen Bevölkerung.

Schließlich verändern und entwickeln sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen mit der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Gestaltung (nicht nur der Umfang der Freizeit, der Kultur, Bildung usw.) ist heutzutage eben nicht mehr nur vom Standpunkt des Staates kapitalistischer Prägung zu lösen.

Notwendig ist für Westdeutschland, daß diese und ähnliche Fragen von der Arbeiterklasse zusammen mit den anderen Werktätigen in ihrem Interesse gelöst werden.

Der Leser wurde nur mit einigen wesentlichen Aspekten der Notwendigkeit der demokratischen Mitbestimmung bekannt gemacht.

Die Mitbestimmung ist tatsächlich eine „alte Jacke“, besonders wenn man sie mit den Forderungen und Erfordernissen der Ära des Sozialismus - wie mit ihm selbst - verbindet. Uns geht es nämlich schon längst nicht mehr um Mitbestimmung, sondern um die Gestalt der Mitbestimmung der Sozialistischen Menschheitsgemeinschaft in den nächsten Jahren.

Auf einen einfachen Nenner gebracht: Wir sind eine ganze geschichtliche Epoche voraus!

Dr. rer. oec. habil. A. Mehner
Sektion Marxismus-Leninismus

DDR-Vertragsentwurf - Prüfstein für die Politik der Brandt/Scheel-Regierung

Wieder einmal hat die DDR die Initiative eröffnet und der Bundesregierung Wege gewiesen, wie eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten aussehen kann und aussehen muß.

Die Regierung der DDR hat Willy Brandts Worte seiner Regierungserklärung in der etwas modifizierten Art interpretiert, und es liegt jetzt an Brandt und seiner Regierung, die Beziehungen zur DDR entsprechend den Prinzipien des Völkerrechts herzustellen.

Die Weltöffentlichkeit sieht im DDR-Vorschlag einen ersten Prüfstein für die neue Bonner Regierung. Die Normalisierung der Beziehungen beider deutscher Staaten nach dem Vorschlag der DDR entspricht dem Sicherheitsbedürfnis aller europäischen Völker, und wäre ein wichtiger Schritt zur Erreichung der Ziele einer geplanten Sicherheitskonferenz in Europa.

Dr. Harlan König
Sektion Chemie und Werkstofftechnik

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht leben in unseren Taten weiter

(Fortsetzung von Seite 1)

entscheidend. Die Annahme des von der Regierung der DDR vorgeschlagenen „Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD“ wäre eine solche Tat, geeignet, vorerst das friedliche Nebeneinanderleben zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Basis völkerrechtlicher Vereinbarungen zu gewährleisten. Das würde der Festigung und Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Westdeutschland und der Sicherung des europäischen Friedens dienen. Ein solcher Erfolg könnte den friedliebenden, demokratischen Kräften der Bundesrepublik Auftrieb in ihrem Kampf um die Tauordnung des deutschen Kampfes um eine parlamentarische Demokratie mit sozialistischen Zielen und setzen das Auftreten des Nationalismus gegen

richtigem Charakter geben. Noch steht der Hauptfeind Militarismus in der Bundesrepublik im eigenen Lande. Er ist verbunden mit dem schrecklichen USA-Militarismus, der heute nicht mehr nur Kommunisten ermordet, sondern längst dazu übergegangen ist, Demokraten, wie den Negergestirbenen Martin Luther King oder Politiker aus der eigenen Klasse, wie die Brüder Kennedy ermorden zu lassen, sobald sie eine weniger abenteurliche, realere Politik zu betreiben suchen.

Je klarer die Bevölkerung der Bundesrepublik ihren Hauptfeind erkennt, desto rascher wird sie durch Aktionen, zu denen sich Kommunisten, Sozialdemokraten und andere antimilitaristische Kräfte zusammenschließen, dazu beitragen, diesen Hauptfeind in ihrem Staat zu schwächen und schließlich zu eliminieren.

Dr. G. Thumann,
Sektion Marxismus-Leninismus

Zur heutigen Bedeutung der Lehre Lenins vom Imperialismus

Im Rahmen der marxistisch-leninistischen Weiterbildung fand am 12. Januar eine weitere Großveranstaltung statt. Zum Thema „Die Bedeutung der Lehre Lenins vom Imperialismus für den heutigen Kampf gegen das staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland“ sprach Genosse Dr. Klein vom der Karl-Marx-Universität Leipzig.

Der Redner betonte besonders, wie brennend aktuell Lenins Imperialismustheorie ist und wie darauf hin, daß nur über fundierte theoretische Kenntnisse eine reale Einschätzung der gegenwärtigen Krisenlagen des staatsmonopolistischen Herrschaftsystems möglich ist.

Vor allem ist es notwendig, das Monopol als ein Herrschaftsverhältnis zu begriffen, das sich die verdrängten Ebenen des gesellschaftlichen Lebens unterwirft. Es reicht nicht nur die Produktion, sondern auch das nichtmaterielle Bereich (Kultur, Bildungswesen, Sozialwesen usw.) an sich und unterteilt in der Gestalt der Unternehmensorganisationen ein verzweigtes Netz von Verbindungen untereinander und zu allen staatlichen Organen, Entscheidungen im imperialistischen Staat werden schließlich nur noch durch die Monopolbourgeoisie geführt, die eine imperialistische Diktatur über mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ausübt.

Aus dem Streben der Monopole nach maximalen Monopolprofitten resultiert objektiv die Aggressivität des Imperialismus; die ist Ausdruck des mit allen Konsequenzen immer brutaler und raffinierter ausgedehnten Konkurrenzkampfes.

Bereits Lenin, wie auf die immer

enger Verbindung von Ökonomie und Politik im Imperialismus hin. Durch das Verschmelzen der Macht der Monopole und des Staates wurde die Aggressivität der Monopole politisiert, Veränderungen der ökonomischen Potenz und damit des Herrschafts- und Einflußbereiches imperialistischer Staaten, also die konkrete Gestaltung der Widersprüche innerhalb von jedem dieser Länder und zwischen ihnen, bestimmen das jeweilige Maß an Aggressivität.

Gegenwärtig kann in Westdeutschland ein Prozeß der Häufung von Zusammenschlüssen einzelner Monopole zu noch größeren Monopolen beobachtet werden. Allein 1968 fusionierten in Westdeutschland rund 189 Unternehmen. Durch die DM-Aufwertung wurde die Konkurrenz weiter verschärft; gegenwärtig verläßt in Westdeutschland die Profitentwicklung drei bis vier Mal so schnell wie die Lohnentwicklung. Der Kapitalexport Westdeutschlands soll sich besonders im kommenden Jahrzehnt weiter verstärken. All das zeigt, daß sich das Wesen des Imperialismus nicht verändert, daß der Imperialismus nur mit Lenins Imperialismustheorie verstanden werden kann. Vor allem muß bei den neuen Erscheinungen des Imperialismus dessen komplexer Charakter, dessen Vielsichtigkeit und Kompliziertheit beachtet werden. Besonders charakteristisch in der gegenwärtigen Situation ist die Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution für eine weitere Stärkung der Monopolprofite. Das führt zu weiteren Verschärfungen der Widersprüche des staatsmonopolistischen Herrschaftsystems, wodurch die Abtönung des Imperialismus immer dringender wird.

Für die Einschätzung der Lage in

Westdeutschland ist Lenins Imperialismustheorie von prinzipieller Aktualität. Wie auf der 11. Tagung des ZK der SED festzustellen wurde, hat das Bestraumenwechsel in Westdeutschland keinen Machtwechsel herbeigeführt. Das Monopolkapital, die militärischen und revanchistischen Kräfte verließen nach wie vor über die entscheidenden Machtpositionen. Sie sind auch weiterhin ein Teil der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die die neue Koalitionsregierung die Hoffnung, daß sie in der Lage sein würde, das staatsmonopolistische System zu stabilisieren.

Trotz der Kompliziertheit der Verhältnisse im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem Westdeutschlands vergrößern sich durch die wachsenden Widersprüche dieses Systems und dadurch, daß es die Mehrheit der Bevölkerung gegen sich hat, die Möglichkeiten zur Bildung einer antimperialistischen Kampffront. Die sich auf die wachsende Kraft der sozialistischen Weltbewegung stützen kann, das immer mehr zum bestimmenden Faktor der Entwicklung in der Welt wird.

Auf dem 12. Plenum des ZK der SED konnte festgestellt werden, daß sich unsere sozialistische Deutsche Demokratische Republik in den nächsten Jahren noch überwiegend als konstruktives Beispiel für die demokratischen, fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland erweisen wird.

Damit schaffen wir, indem wir unsere sozialistische Gegenwart gestalten, das Beispiel einer von imperialistischer Herrschaft bedröhten Menschheitsgemeinschaft.

„Rotballobspiegel“

Seite 2